STADT HÜCKESWAGEN

Bebauungsplan Nr. 70 „Kölner Straße“

Stellungnahmen der Bürger und der Träger öffentlicher Belange, Abwägungsvorschläge

Auswertung

- der Bürgerbeteiligung gemäß § 3 Abs. 1 und Abs. 2 BauGB und
- der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange sowie der Nachbargemeinden gemäß § 4 BauGB

Auftraggeber: HEG
Hückeswagener Entwicklungsgesellschaft mbH & Co. KG
Etapler Platz 38
42499 Hückeswagen

Tel.: 02192 /88 - 600

Auftragnehmer: Brechtefeld & Nafe
Ingenieur- und Vermessungsbüro GmbH
Freiheitstraße 189
42853 Remscheid

Tel.: 02191 /97 03-0

In Zusammenarbeit mit
AHNER / BREHM
Ingenieur- und Sachverständigenbüro
Tiergartenstraße 10 c
15711 Königs Wusterhausen
Tel.: 03375 /292 181

Stand: 14.08.2006

Vorbemerkung

Der **Vorentwurf** zum Bebauungsplan Nr. 70 „Kölner Straße“ der Stadt Hückeswagen in der Fassung vom 17.01.2006 hat in der Zeit vom 01.03.2006 bis 22.03.2006 im Rahmen der frühzeitigen Bürgerbeteiligung öffentlich ausgelegen. Mit Schreiben vom 15.02.2006 wurden insgesamt 28 Behörden und Stellen, die Träger öffentlicher Belange sind, von der Auslegung informiert und bis zum 22.03.2006 zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert. Zur Information der Öffentlichkeit fand außerdem am 06.03.2006 eine öffentliche Erörterungsveranstaltung statt.

Als Ergebnis der Trägerbeteiligung liegen 14 Stellungnahmen vor. Die beteiligten Bürger reichten 1 Stellungnahme zur Niederschrift ein. Weitere 16 Bürger nahmen während der Informationsveranstaltung zur frühzeitigen Beteiligung am 06.03.2006 Stellung zum Vorentwurf des Bebauungsplanes.

Der **Entwurf** zum Bebauungsplan Nr. 70 „Kölner Straße“ der Stadt Hückeswagen in der Fassung vom 08.05.2006 hat in der Zeit vom 16.06.2006 bis 17.07.2006 im Rahmen der Bürgerbeteiligung öffentlich ausgelegen. Mit Schreiben vom 09.06.2006 wurden insgesamt 28 Behörden und Stellen, die Träger öffentlicher Belange sind, von der Auslegung informiert und bis zum 17.07.2006 zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert.

Als Ergebnis des Beteiligungsverfahrens liegen 9 Stellungnahmen von Trägern öffentlicher Belange sowie 2 Stellungnahmen von Bürgern (inklusive einer Unterschriftenliste) vor.

Im Folgenden werden die Stellungnahmen zu Vorentwurf und Entwurf mit entsprechenden Abwägungsvorschlägen dokumentiert. Die Nummerierung der Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange bezieht sich auf die Liste der angeschriebenen Träger. Hat ein Träger oder ein Bürger sich sowohl zum Vorentwurf als auch zum Entwurf geäußert, werden die Stellungnahmen aufeinander folgend zitiert und mit 1 (Vorentwurf) und 2 (Entwurf) nummeriert.

1. Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange, Abwägungsvorschläge

Nr	Träger / Datum	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag	Abstimmung Rat der Stadt
1.1	Amt für Agrarordnung Siegburg, 22.02.2006	Von der Flurbereinigungsbehörde werden keine Anregungen vorgebracht.	Keine Abwägung erforderlich.	
1.2	Amt für Agrarordnung Siegburg, 22.06.2006	Von der Flurbereinigungsbehörde werden keine Anregungen vorgebracht.	Keine Abwägung erforderlich.	
3.1	Bergische Energie- und Wasser-GmbH Wipperfürth, 03.03.2006	1. In der Kölner Straße liegt eine Wasserleitung DN 150 PVC, aus der die Trinkwasserversorgung gesichert werden kann. Für diesen Bereich stehen z.Zt. 48 m ³ Löschwassermenge zur Verfügung. 2. Eine Gasleitung DN 100 St Kölner Straße vorhanden, die entsprechend verlängert wird. 3. Im Bereich der Tennishalle bis Hambüchen ist eine 10 kV-Freileitung betroffen, die erst nach Herstellung einer C-Station in Hambüchen demontiert werden kann.	Die Informationen werden zur Kenntnis genommen. Die Informationen sind nicht abwägungsrelevant, werden teilweise aber im Zusammenhang mit der Ausführungsplanung von Bedeutung und werden dann beachtet. Keine Abwägung erforderlich.	

Nr	Träger / Datum	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag	Abstimmung Rat der Stadt
		4. Eine neue Trafostation ist im Erschließungsgebiet nicht notwendig. Die Stromversorgung erfolgt aus der bestehenden Ortsnetzstation Tennishalle.		
3.2	Bergische Energie- und Wasser-GmbH Wipperfürth, 19.06.2006	1.. Die Versorgungsleitungen Trinkwasser, Strom und Erdgas befinden sich in der Kölner Straße angrenzend an die geplante Zufahrt. Im Zuge des Kanal- und Straßenbaus für die zukünftige Erschließung kann die Versorgung entsprechend der Bauabschnitte errichtet werden. 2. Der Träger bittet, auch weiter am Verfahren beteiligt zu werden.	Die Informationen werden zur Kenntnis genommen. Die Informationen sind nicht abwägungsrelevant, werden teilweise aber im Zusammenhang mit der Ausführungsplanung von Bedeutung und werden dann beachtet. Keine Abwägung erforderlich.	
7	Wald und Holz NRW, Forstamt Wipperfürth, 03.03.2006	Der Träger ist von der Aufstellung des B-Planes nicht betroffen, weist jedoch auf die Möglichkeit hin, Ersatzmaßnahmen durch waldbauliche Maßnahmen zu leisten. Konkret kann dies auf Waldflächen aus dem Flächenpool der Stadt Hückeswagen sowie im Staatswald Wipperfürth (Einhänge des Wiebachtals) geschehen. Im Staatswald Wipperfürth können Fichten- in bodenständige Laubwälder umgewandelt werden. Die vorgeschlagene Maßnahme besteht aus Voranbau mit Buche (Ziel: Laub-Nadel-Mischwald) auf ca. 11 ha; damit werden ca. 500.000 Punkte als Kompensationsleistung anrechenbar. Ein Flächenerwerb oder aufwändige grundbuchliche Sicherungen sind in diesem Zusammenhang nicht erforderlich.	Das Angebot wird begrüßt, die Maßnahme wird umgesetzt. Teile der angebotenen Flächen im Umfang von ca. 340.000 Punkten sollen als Ersatzflächen für den Eingriff im Plangebiet Kölner Straße in Anspruch genommen werden. Der Überschuss von ca. 136.000 Ökopunkten soll dem Ökokonto der Stadt Hückeswagen zugeführt werden. Die Begründung wird um entsprechende Erläuterungen ergänzt . Vertragliche Regelungen zur Absicherung der Maßnahme werden getroffen. Keine Abwägung erforderlich.	
9.1	Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Hückeswagen, 27.02.2006	Die Gleichstellungsbeauftragte der Stadt macht keine Einwände geltend.	Keine Abwägung erforderlich.	
9.2	Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Hückeswagen, 22.06.2006	Die Gleichstellungsbeauftragte der Stadt macht keine Einwände geltend.	Keine Abwägung erforderlich.	
12	Beauftragter der Landesnaturschutzverbände NRW in Hückeswagen, K.-H. Salewski 21.03.2006	1. Im Umweltbericht fehlen Angaben zu besonders und streng geschützten Pflanzen- und Tierarten sowie deren möglichen Beeinträchtigungen. 2. Für die geplante Ausgleichsmaßnahme – Anpflanzung einer Streuobstwiese – ist eine dreijährige Entwicklungspflege vorgesehen. Eine gute Entwicklung der Obstbaumwiese erfordert dagegen Schnittmaßnahmen (Erziehungs-, Instandhaltungs-, Verjüngungsschnitt) während eines Zeitraumes von 20 Jahren. Im B-Plan ist daher ein 20-jähriger Pflegezeitraum verbindlich festzulegen.	Zu 1.: Der Umweltbericht wird entsprechend ergänzt . Zu 2.: Der Stellungnahme wird gefolgt: Es wird eine dreijährige Entwicklungs- und eine 17-jährige Unterhaltungspflege für die Obstwiese festgesetzt. Die Begründungen zu B-Plan, Umweltbericht und Grünordnungsplan werden entsprechend ergänzt. Der B-Plan wird geändert .	Ja-Stimmen: Nein-Stimmen: Enthaltungen:
13	Landschaftsverband Rheinland, Rheinisches Amt für Bodendenkmalpflege, 25.04.2006	Nach Überprüfung der verfügbaren Daten zum Kulturgüterbestand (Bodendenkmäler) sind derzeit keine nachteiligen Auswirkungen der Planung auf die Belange des (Boden-)denkmalschutzes zu erkennen. Allerdings ermöglichen die verfügbaren Daten nur ansatzweise eine flächenhafte Bewertung des Schutzgutes. Zur Bewertung der Auswirkungen der Planung ist eine archäologische Prospektion erforderlich (i.d.R.: Begehung der geplügten und geeigten Fläche, Einmessung von Fundmaterial, Prüfung des Bodenaufbaus durch eine archäologische Fachfirma).	Da keine konkreten Verdachtsmomente für das Vorkommen von Bodendenkmalen vorliegen, wird auf eine archäologische Voruntersuchung verzichtet. Sollten im Verlauf der Erdarbeiten Hinweise auf Bodendenkmale (Bodenverfärbungen, Fundstücke) vorkommen, sind die Bauarbeiten bis zur Bewertung und ggf. Sicherung der Hinweise einzustellen. Der Hinweis wird in die Begründung des B-Plans und in den Umweltbericht aufgenommen . Keine Abwägung erforderlich.	

Nr	Träger / Datum	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag	Abstimmung Rat der Stadt
		Der Träger bittet die Stadt zu prüfen, ob dieser Aufwand in ausgewogenem Verhältnis zur Planung steht und bei Verzicht auf eine archäologische Untersuchung dies im Umweltbericht zu begründen.		
15.1	Oberbergischer Kreis, Amt für Kreis- und Regionalentwicklung, 1.: 06.02.2006, 2.: 17.03.2006	1. Es bestehen aus landschaftspflegerischer Sicht keine Bedenken. Es liegen keine besonderen landschaftspflegerischen Daten, Informationen oder Anforderungen an Planung und Planungsbereich vor. 2. Nachtrag zum Schreiben vom 06.02.: Die Untere Wasserbehörde hat keine Bedenken gegen die Planung. Es liegen keine Daten, Informationen oder Anforderungen an die Planung vor.	Keine Abwägung erforderlich.	
15.2	Oberbergischer Kreis, Amt für Kreis- und Regionalentwicklung, 17.07.2006	Der vorbeugende Brandschutz weist auf die notwendige Löschwasserversorgung von min. 800 l/ min. für einen Zeitraum von 2 Stunden hin. Sollte die Löschwassermenge nicht aus der Sammelwasserversorgung verfügbar sein, hat die Stadt im Benehmen mit der Brandschutzdienststelle anderweitig für die Löschwasserversorgung zu sorgen.	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Er ist nicht abwägungsrelevant, ist aber im Zusammenhang mit der Ausführungsplanung von Bedeutung und wird dann beachtet. Keine Abwägung erforderlich.	
17.1	PLEdoc GmbH, 01.03.2006	Die Versorgungsanlagen nachstehender Betreiber / Eigentümer werden nicht berührt: Eon Ruhrgas AG, Eon Ruhrgas Transport, Ferngas Nordbayern, GasLINE, Gaswerk Philippsburg, KGN, MEGAL GmbH, METG, NETG, TENP. Sollte der Geltungsbereich erweitert oder verlagert werden oder der erforderliche Arbeitsraum die Projektgrenzen wesentlich überschreiten, bittet der Träger um Beteiligung am weiteren Verfahren.	Keine Abwägung erforderlich.	
17.2	PLEdoc GmbH, 07.07.2006	Stellungnahme identisch mit der Stellungnahme des Trägers zum Vorentwurf (s.o., 17.1)	Keine Abwägung erforderlich.	
19.1	Landschaftsverband Rheinland, Rheinisches Amt für Denkmalpflege; 22.02.2006	Es werden keine Bedenken geltend gemacht.	Keine Abwägung erforderlich.	
19.2	Landschaftsverband Rheinland, Rheinisches Amt für Denkmalpflege; 19.06.2006	Es werden keine Bedenken geltend gemacht.	Keine Abwägung erforderlich.	
20	RWE Rhein-Ruhr AG, Abteilung Netzplanung 17.03.2006	Es werden ein Plan und eine Kabelschutzanweisung übergeben. Dargestellt sind Leitungsart und Leitungsverlauf in der Kölner Straße und im Osten des Plangebiets (Freileitung).	Die Informationen sind nicht abwägungsrelevant, aber für die Ausführungsplanung von Bedeutung. Sie werden im weiteren Verfahren beachtet. Keine Abwägung erforderlich.	
21	RWE Westfalen-Weser-Ems, Netzservice 15.02.2006	Im Plangebiet verlaufen weder RWE-Hochspannungsleitungen noch liegen entsprechende Planungen vor.	Keine Abwägung erforderlich.	

Nr	Träger / Datum	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag	Abstimmung Rat der Stadt
22.1	Staatliches Umweltamt Köln, 07.03.2006	<p>1. Zur Beurteilung der Lärmimmissionen, die von Tennisplätzen und Reithalle ausgehen, ist ein Schallgutachten erforderlich (Grundlage: Sportanlagenlärmschutzverordnung, 18. BImSchV).</p> <p>2. Zur Klärung möglicher Geruchsmissionen ist die Lage der Pferdemistlagerplätze und deren Auswirkungen auf das Plangebiet darzustellen.</p> <p>3. Die Staubeinträge von bestehenden Reitplätzen auf die in Bauabschnitten heranrückende Wohnbebauung sind abzuschätzen und darzustellen.</p> <p>4. Das Landeswassergesetz NRW verfügt im Außenbereich die Einrichtung von Gewässerrandstreifen (§90 a Abs. 2 LWG). Der Träger regt an, im Sinn des Landeswassergesetzes und darüber hinaus gehend, einen Streifen von 10 m beidseitig ab Böschungsoberkante von jeglicher Bebauung freizuhalten und zur Gewässerentwicklung zu nutzen. Es wird vorgeschlagen, den Streifen initial zu bepflanzen und als Kompensationsmaßnahme anzurechnen.</p>	<p>Zu 1.: Ein Schallgutachten wurde aufgrund der Stellungnahme erstellt. Es liegt seit Ende April 2006 vor. Die Begründung wird um die gutachterlichen Aussagen ergänzt.</p> <p>Zu 2. Die Begründung wird um die Abschätzung der Geruchsmissionen ergänzt.</p> <p>Zu 3. Die Begründung wird um die Abschätzung der Staubimmissionen ergänzt.</p> <p>Zu 1 bis 3: Keine Abwägung erforderlich</p> <p>Zu 4.: Der Anregung wird gefolgt. Zusätzliche Festsetzungen können allerdings im Wesentlichen nur für das Nordufer des Weierbaches getroffen werden, da das Südufer überwiegend außerhalb des Plangebietes liegt.</p> <p>Ein 10 m breiter Schutzstreifen und dessen Initialbepflanzung wird als Maßnahmefläche zu Schutz, Pflege und Entwicklung zeichnerisch dargestellt. Es werden textliche Festsetzungen zur Bepflanzung getroffen.</p> <p>B-Plan und Begründung werden entsprechend geändert.</p>	<p>Zu 4:</p> <p>Ja-Stimmen:</p> <p>Nein-Stimmen:</p> <p>Enthaltungen:</p>
22.1	Staatliches Umweltamt Köln, Anregung während des Scoping-Termins am 06.03.2006	<p>Über die schriftlich dokumentierten Positionen regt das Staatliche Umweltamt weiterhin an, die Versickerungsmulden im Südosten des Plangebietes zu bepflanzen.</p>	<p>Die Anregung wird aufgenommen. Die Bepflanzung der Sickermulden ermöglicht eine zusätzliche Kompensationsleistung im Plangebiet.</p> <p>Die Begründung wird entsprechend ergänzt, der B-Plan wird um Festsetzungen zu Schutz-, Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen erweitert.</p>	<p>Ja-Stimmen:</p> <p>Nein-Stimmen:</p> <p>Enthaltungen:</p>
22.2	Staatliches Umweltamt Köln, 07.06.2006	<p>1. Der Träger beurteilt das schalltechnische Gutachten betreffend den Lärm von Tennisplätzen und Reithalle als plausibel. Aufgrund der Überschreitung der Immissionsrichtwerte setzt der B-Plan bauliche Einrichtungen zur Sicherung des Luftaustausches bei geschlossenen Fenstern fest. Der Träger geht davon aus, dass auf diese Weise – da die Fenster weiterhin zu öffnen sein werden – der Immissionskonflikt nicht lösbar ist und schlägt vor, die Bauflächen so anzuordnen, dass der Konflikt vermieden werden kann (Vorschlag: Anordnung von Stell- oder Spielplätzen im Konfliktbereich). Als nachrangig zu prüfende Festsetzung wird auf die Möglichkeit verwiesen, die betroffenen Fassaden ausschließlich mit nicht zu öffnenden Fenstern auszustatten.</p> <p>2.: Der Träger hält die Frage der Geruchsmissionen durch Pferdemist-Ablagerungen für nicht hinreichend geklärt und schlägt vor, zur Vermeidung von Nachbarschaftskonflikten die Möglichkeit der Verlagerung der Misthaufen zu prüfen.</p> <p>3. Staubeinträge von den vorhandenen Reitplätzen in die ersten Bauabschnitte des Wohngebietes sind weiterhin zu befürchten. Der Träger schlägt daher die Anpflanzung einer Hecke vor, um den Staub vom Reitplatz zurückzuhalten.</p>	<p>Zu 1.: Die Stadt Hückeswagen hält die prognostizierte Lärmbelastung nicht für ausreichend schwerwiegend, um eine Änderung des städtebaulichen Konzepts daraus abzuleiten. Da der Konflikt technisch, durch Einbau von Lüftungsanlagen, lösbar ist, wird diese Lösung vorgezogen. Der Einbau nicht zu öffnender Fenster wird – auch im Hinblick auf die temporär stark eingeschränkte Lärmbelastung - als unverhältnismäßige Einschränkung der Wohnqualität verstanden. Die Anregung wird demnach nicht befolgt.</p> <p>Zu 2. und 3: Die Einstellung der Pferdehaltung des direkt angrenzenden Betriebes nördlich des Plangebietes ist absehbar: Da im Oberbergischen Kreis die Verfügbarkeit von Weide- und Bewegungsflächen Voraussetzung für die Haltung von Pensionspferden ist, wird die Pensionspferdehaltung des Reiterhofes nördlich des Plangebietes mit Baubeginn im B-Plangebiet aufgegeben (Reduzierung des Pferdebestandes von derzeit 12 auf 6 Tiere). Die verbleibenden Pferde sind 20 Jahre und älter. Da keine neuen Pferde angeschafft werden sollen, ist absehbar, dass im Verlauf der kommenden 5 bis 7 Jahre die Pferdehaltung vollständig aufgegeben werden wird.</p>	<p>Zu 1:</p> <p>Ja-Stimmen:</p> <p>Nein-Stimmen:</p> <p>Enthaltungen:</p>

Nr	Träger / Datum	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag	Abstimmung Rat der Stadt
			<p>Zu 2.: Der Anregung zur Klärung der Geruchssituation wird gefolgt. Die Stadt Hückeswagen hat die Frage der Geruchsimmissionen im Rahmen einer fachgutachterlichen Stellungnahme bewerten lassen. Die Stellungnahme (Knauff 2006) kommt zum Ergebnis, dass aufgrund des Haltungsverfahrens und der geringen Bestandsgröße das Geruchsemissionspotential als geringfügig eingestuft wird. Auf allen Untersuchungspunkten innerhalb des Plangebietes wurden keine auf den Betrieb der Pferdehaltung zurückzuführende Anlagen gerüche festgestellt werden. Ermittelte Gerüche sind auf anlagenfremde Ursprünge zurückzuführen (Weidebetrieb, Kfz-Verkehr). Aus der fachgutachterlichen Stellungnahme folgt keine Planänderung. Die Begründung und der Umweltbericht werden entsprechend ergänzt.</p> <p>Zu 3.: Aufgrund der Reduzierung und Einstellung der Pferdehaltung wird das Problem der Staubeinträge mittelfristig entfallen. Eine neu zu pflanzende Hecke könnte bis zur Aufgabe der Reitplätze die Funktion der Staubfilterung nicht erfüllen, da die Entwicklung einer Hecke bis zu entsprechender Höhe und Dichte mehrere Jahre dauert. Gegenwärtig stocken auf der Böschung westlich des Reitplatzes Sträucher, die die Funktion der Staubfilterung anteilig wahrnehmen können. Da die Stadt Eigentümerin der Flächen ist, kann eine gegebenenfalls entstehende Staubentwicklung unterbunden werden. Die Anregung wird demnach nicht befolgt.</p>	<p>Zu 2: Ja-Stimmen: Nein-Stimmen: Enthaltungen:</p> <p>Zu 3: Ja-Stimmen: Nein-Stimmen: Enthaltungen:</p>
24.1	Stadt Remscheid, Fachbereich Städtebau und Stadtentwicklung, 14.03.2006	Der Träger macht mit Verweis auf seine Stellungnahme vom 28.04.2004 zur Neuaufstellung des FNP geltend, dass voraussichtlich nachteilige Auswirkungen auf die Stadt Remscheid und auch auf die Verkehrsentwicklung in der Region entstehen. Die Stellungnahme zum FNP hatte darauf verwiesen, dass die Ausweisung von Wohnbauflächen in größerem Umfang das Ungleichgewicht zwischen den Städten hinsichtlich des Umfanges von Wohn- und Arbeitsbevölkerung verstärken und das regionale Verkehrsaufkommen vermehren: 2002 gab es 1.156 Einpendler von Hückeswagen nach Remscheid, während von Remscheid nach Hückeswagen nur 475 Personen pendelten.	Der Vorentwurf zum Bebauungsplan steht sowohl mit dem gültigen FNP als auch mit dem Regionalplan des Regierungsbezirkes Köln in Übereinstimmung. Die Festsetzung von Wohnbauflächen ist damit auch aus übergeordneten Planungen abgeleitet, die die Verteilung von Nutzungsarten auf regionaler Ebene steuern. Der Regionalplan stellt u.a. auch das Abwägungsergebnis ggf. kontroverser Interessen benachbarter Kommunen dar. Es wird daher davon ausgegangen, dass die Interessen der Stadt Remscheid durch den B-Plan nicht verletzt werden. Die Stellungnahme bewirkt keine Änderung des B-Planes.	Ja-Stimmen: Nein-Stimmen: Enthaltungen:
24.2	Stadt Remscheid, Fachbereich Städtebau und Stadtentwicklung, 16.06.2006	Die Stadt Remscheid hält ihre Stellungnahme vom 14.03.2006 (s.o., 24.1) aufrecht.	s. Abwägungsvorschlag 24.1.	
28.1	Bezirksregierung Düsseldorf, Kampfmittelbeseitigungsdienst, Außenstelle Köln,	Nach Luftbildauswertung liegen im Umfeld des Plangebietes Hinweise auf Bombenblindgänger / Kampfmittel vor. Da sich jedoch im unmittelbaren Bereich keine Hinweise auf das Vorhandensein von Kampfmitteln ergeben, bestehen aus Sicht des Kampfmittelbeseitigungsdienstes keine Bedenken gegen die Umsetzung des B-Planes.	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen und im Rahmen der Bauausführung befolgt. Keine Abwägung erforderlich.	

Nr	Träger / Datum	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag	Abstimmung Rat der Stadt
	10.04.2006	Eine Garantie für Kampfmittelfreiheit kann gleichwohl nicht gewährt werden. Daher sind bei Kampfmittelfunden die Arbeiten sofort einzustellen, die nächstgelegene Polizeidienststelle oder der Kampfmittelbeseitigungsdienst sind zu verständigen.		
28.2	Bezirksregierung Düsseldorf, Kampfmittelbeseitigungsdienst, Außenstelle Köln, 04.07.2006	Der Träger verweist auf seine Stellungnahme vom 10.04.2006, an der sich inhaltlich nichts geändert hat.	s. Abwägungsvorschlag 28.1. Die Stellungnahme bewirkt keine Änderung des B-Planes. Keine Abwägung erforderlich.	

2 Stellungnahmen der Bürger, Abwägungsvorschläge

Nr	Bürger/ Datum	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag	Abstimmung Rat der Stadt
1	Ulrich Kröcher, Kölner Str. 43 a, Niederschrift anlässlich der Erörterung am 06.03.2006	Der Bürger begrüßt die Planung des neuen Wohnbaugebietes, sieht jedoch die Verkehrsbelastung der Kölner Straße als kritisch an. Wichtig wäre eine einheitliche Lösung, z. B. eine durchgängige Rechts-vor-Links-Regelung. Ein besonderes Augenmerk sei auf die Führung des Fußgängerstroms zu legen. Ein Fußgängerüberweg sei zu empfehlen.	Der bisherige verkehrliche Zustand auf der Kölner Straße ist nicht zu begrüßen. Um diesem Missstand entgegen zu wirken, hat die Verwaltung ein Konzept zur Schulwegesicherung entwickelt, das bereits erste Wirkungen zeigt. Eine Verbreiterung der Kölner Straße ist nicht realisierbar. Durch flankierende Maßnahmen wie z. B. der Anordnung von "versetztem Parken" und der Einrichtung von Baumtoren soll aber der Verkehr gezielt beeinflusst werden. Im Bereich des Bebauungsplanes Nr. 70 wird die Kölner Straße verbreitert, entlang des Neubaugebietes wird ein Gehweg eingerichtet. Die Anregungen sind mit den Mitteln des Bebauungsplanes nicht umsetzbar. Die Stellungnahme bewirkt daher keine Änderung des B-Planes. Keine Abwägung erforderlich.	
2	Jürgen Nessler, Kölner Str. 60, Niederschrift anlässlich der Erörterung am 06.03.2006	Der Bürger kann sich unter dem Begriff Baumtore nichts vorstellen. Er regt an, die Geschwindigkeitskontrollen auf der Kölner Straße zu verstärken. Angefragt wird auch der Ausbau der Kölner Straße, da Begegnungsverkehr mit einem LKW kaum möglich sei. Der Bürger schlägt einen Fußgängerüberweg vor. Der Bürger befürchtet eine Überlastung der Kanäle bei starken Regenfällen.	Baumtore sind Fahrbahnverengungen, die beiderseits von hochstämmigen Bäumen flankiert werden. Die Baumkronen liegen weit oberhalb von 1,35 m, so dass Kinder gut sichtbar sind. Die Überwachung der Zone 30 wird verstärkt. Es wird darauf hingewiesen, dass vorrangig die Anlieger von solch einer Maßnahme betroffen sind. Zum Ausbau der Kölner Straße s.o., Abwägungsvorschlag zur Stellungnahme 1. Eine Überlastung der Kanäle ist nicht zu befürchten, da das bislang oberflächlich aus dem Plangebiet in die Kölner Straße abfließende Regenwasser aufgefangen und der Versickerungsanlage im Südosten des Plangebietes zugeleitet wird.	

Nr	Bürger/ Datum	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag	Abstimmung Rat der Stadt
			Mit Ausnahme des Ausbaus der Kölner Straße, der teils vollzogen wird, teils nicht möglich ist, sind die angeregten Änderungen mit den Mitteln des Bebauungsplanes nicht umsetzbar. Die Stellungnahme bewirkt keine Änderung des B-Planes. Keine Abwägung erforderlich.	
3	Herr Klaus Pier, Buchenstraße 17, Remscheid, Niederschrift anlässlich der Erörterung am 06.03.2006	Der Bürger erkundigt sich nach den Ausbaurkosten der Kölner Straße, wenn diese durch die Baufahrzeuge beschädigt würde und wer diese Kosten zu tragen habe.	Es greift das übliche Feststellungsverfahren: Der Zustand der Kölner Straße wird vor Baubeginn aufgenommen. Die durch den Bau der Siedlung an der Straße entstehenden Kosten gehen zu Lasten der Stadt Hückeswagen. Die Bürger werden nicht mit den Kosten für Bauschäden belastet. Die Anfrage bewirkt keine Änderung des B-Planes. Keine Abwägung erforderlich.	
4	Thomas Kugel, Kölner Straße 88, Niederschrift anlässlich der Erörterung am 06.03.2006	Durch die Baustelle auf der B 237 hat die Kölner Straße sich zu einer Durchgangsstraße entwickelt. Die Kölner Straße muss vom Durchgangsverkehr entlastet werden.	Der Anteil des Durchgangsverkehrs am gesamten Verkehrsaufkommen der Kölner Straße liegt je nach Tageszeit und Straßenabschnitt zwischen 18 und 48 %. Bereits heute benutzen im Tagesdurchschnitt 202 Fahrzeuge pro Stunde die Kölner Straße. Der Höchstwert des gegenwärtigen Verkehrsaufkommens auf der Kölner Straße liegt bei 230 Fahrzeugen pro Stunde. Für den Fall der vollständigen Bebauung des Neubaugebietes prognostiziert das Verkehrsgutachten einen Tagesdurchschnitt von 221 Fahrzeugen pro Stunde. Damit liegt der Wert an der Obergrenze der Belastbarkeit vergleichbarer Straßen. Grenz- und Toleranzwerte werden aber nicht überschritten. Aufgrund des – im Vergleich zur Belastbarkeit der Kölner Straße – hohen Verkehrsaufkommen sind Maßnahmen vorgesehen (Anlage von Baumtoren, Entspannung des Schülerbringverkehrs), die geeignet sind, die Kölner Straße für den Durchgangsverkehr unattraktiv zu gestalten. Die Anregung bezieht sich auf außerhalb des B-Plangebietes erzeugte Konflikte, die im B-Plan daher nicht lösbar sind. Die Stellungnahme bewirkt keine Änderung des B-Planes. Keine Abwägung erforderlich.	
5	Constanze Werth, Kölner Straße 66, Niederschrift anlässlich der Erörterung am 06.03.2006	Die Bürgerin erkundigt sich nach den Berechnungsgrundlagen zur Verkehrszählung an der Kölner Straße und ob in den Berechnungsgrundlagen auch der Schulbetrieb berücksichtigt worden sei.	Die Schulen und Kindergärten an der Kölner Straße wurden in das Gutachten mit einbezogen. Durch das Neubaugebiet werden sich die Schülerzahlen jedoch nicht grundlegend verändern. Die Anfrage bewirkt keine Änderung des B-Planes. Keine Abwägung erforderlich.	
6	Gaby und Ralf Vollbrecht, Kölner Straße 22, Niederschrift anlässlich der Erörterung am 06.03.2006	Die Bürger weisen darauf, dass durch den Ganztags schulbetrieb auch am Nachmittag Verkehrsspitzen entstehen.	Mit Einrichtung der Ganztagschule werden sich die Schülerzahlen insgesamt nicht verändern. Die Schüler, die zukünftig die Ganztagschule besuchen, entfallen dann als Verkehrsteilnehmer am Mittag. Dadurch ergibt sich eine Verschiebung, jedoch keine Mehrbelastung der Verkehrsströme.	

Nr	Bürger/ Datum	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag	Abstimmung Rat der Stadt
			Die Stellungnahme bezieht sich auf außerhalb des B-Plangebietes erzeugte Konflikte, die im B-Plan daher nicht lösbar sind. Die Stellungnahme bewirkt keine Änderung des B-Planes. Keine Abwägung erforderlich.	
7	Marga Nunn, Kölner Straße 46 c, Niederschrift anlässlich der Erörterung am 06.03.2006	Die Bürgerin regt an, die Halteverbotsschilder an der Kölner Straße zu entfernen, da Parkplätze für die Anwohner fehlen.	Der Bedarf an weiteren Stellplätzen wurde erkannt, es wird auf den geplanten Neubau zusätzlicher Parkplätze am Friedhofsweg / Mozartstraße und der Kölner Straße verwiesen. Die Anregung bezieht sich auf Konflikte außerhalb des B-Plangebietes und ist daher mit den Mitteln des B-Planes nicht umsetzbar. Sie bewirkt keine Änderung des B-Planes. Keine Abwägung erforderlich.	
8	Werner Johnke, Beethovenstraße 18, Niederschrift anlässlich der Erörterung am 06.03.2006	Der Bürger regt an, die Kölner Straße als Anliegerstraße auszuweisen.	Die Straßenverkehrsordnung sieht keine ordnungsgemäße Beschilderung für „Anliegerstraße“ vor. Das Durchfahrtsverbot mit der Ausnahmeregelung für Anlieger hält erfahrungsgemäß den Durchgangsverkehr nicht fern. Dagegen wird erwartet, durch geschwindigkeitsreduzierende Maßnahmen wie versetztes Parken und Baumtore, durch Anlage eines Gehweges entlang des Straßenabschnittes im Plangebiet sowie mithilfe des Konzeptes der Schulwegesicherung eine deutliche Entlastung der angespannten Verkehrssituation zu erreichen. Die angeregte Maßnahme ist mit den Mitteln des B-Planes nicht umsetzbar. Die Stellungnahme bewirkt daher keine Änderung des B-Planes. Keine Abwägung erforderlich.	
9.1	Karl-Heinz Grüterich, Kölner Straße 26, Niederschrift anlässlich der Erörterung am 06.03.2006	Der Bürger regt die Anbindung der Kölner Straße an die Montanusstraße bzw. die Untersuchung anderweitiger Anschlussmöglichkeiten an. Er verweist auf Konflikte, die durch Kurzzeitparken der Gewerbeandienener im unteren Bereich der Kölner Straße entstehen.	Der Rat der Stadt befürwortet die Verlängerung der Montanusstraße, die Kosten für das Projekt können derzeit aber nicht aufgebracht werden. Auch die Realisierung des ersten Bauabschnitts im Geltungsbereich des B-Planes verschafft der Stadt nicht ausreichende Einnahmen für die Umsetzung der Straßenverlängerung. Die Stellungnahme bezieht sich auf Flächen außerhalb des B-Plangebietes. Sie bewirkt daher keine Änderung des B-Planes. Keine Abwägung erforderlich.	
9.2	Karl-Heinz Grüterich, Kölner Straße 26, Schreiben vom 06.07.2006	1. Der Bürger verweist auf die Erneuerung der Kölner Straße in den Jahren 1988-1991 und die Beteiligung der Anwohner an den Kosten. Er erklärt, sich an der Finanzierung von Bau- und Folgeschäden, die durch zusätzlichen Verkehr aus dem / in das Neubaugebiet entstehen, nicht beteiligen zu wollen. 2. Der Bürger verweist auf Äußerungen in der Sitzung des Ausschusses für Stadt- und Verkehrsplanung am 08.05.2006, wonach die vorhandenen Abwasserkanäle nicht ausreichend dimensioniert seien. Der Bürger befürchtet eine erhebliche Überlastung des Kanalsystems nach Anschluss des Neubaugebietes Kölner Straße und erklärt, für die finanzielle Beteiligung an der Vergrößerung der Kanäle oder der Beseitigung der Folgeschäden nicht zur Verfügung zu stehen.	Zu 1.: Es werden auf die Anwohner der Kölner Straße keine Kosten für Straßenerneuerung, die durch die Erschließungsmaßnahme verursacht wurden, zukommen. Im Lauf der Erschließungsmaßnahme entstandene Schäden werden durch den Erschließungsträger beseitigt. Zu 2.: Die Dimensionierung der Abwasserleitung wurde nochmals überprüft: Eine Mehrbelastung des vorhandenen Mischwasserkanals wird verhindert, indem im oberen Bereich der Kölner Straße eine Fläche vom Mischwasserkanal abgeklemmt wird. Dadurch wird der Kanal entlastet.	

Nr	Bürger/ Datum	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag	Abstimmung Rat der Stadt
			<p>Generell werden Kanalsanierungen, Erneuerungen usw. nicht durch Anwohnerbeiträge sondern durch Gebühren finanziert. Die Stellungnahme bewirkt keine Änderung des B-Planes. Keine Abwägung erforderlich.</p>	
10	<p>Hans J. Hermsdoerfer, Kölner Straße 70, Niederschrift anlässlich der Erörterung am 06.03.2006</p>	<p>Der Bürger regt an, ein Stoppschild an der Kölner Straße aufzustellen.</p>	<p>Maßnahmen der Beschilderung sind zur Entlastung der Verkehrssituation nicht ausreichend. Es wird auf die baulichen Maßnahmen wie versetztes Parken, Baumtore, Anlage eines Gehweges entlang des Straßenabschnittes im Plangebiet sowie die konzeptionellen Veränderungen (Schulwegesicherung) verwiesen. Es wird davon ausgegangen, dass damit eine deutliche und effizientere Entlastung der angespannten Verkehrssituation erreicht wird. Die angeregte Maßnahme ist mit den Mitteln des B-Planes nicht umsetzbar. Die Stellungnahme bewirkt daher keine Änderung des B-Planes. Keine Abwägung erforderlich.</p>	
11.1	<p>Ute und Utz Geßner, Kölner Straße 62, Niederschrift anlässlich der Erörterung am 06.03.2006</p>	<p>Die Bürger halten die Belastbarkeit der Kölner Straße für weit überschritten. Sie schlagen einen Ringverkehr mit einer Erschließung über die obere Kölner Straße bzw. über die Montanusstraße vor. Die Bürger verweisen darauf, dass in der jüngsten Vergangenheit Autos aufgebrochen wurden.</p>	<p>Der Rat der Stadt befürwortet die Verlängerung der Montanusstraße, die Kosten für das Projekt können derzeit aber nicht aufgebracht werden. Auch die Realisierung des ersten Bauabschnitts im Geltungsbereich des B-Planes verschafft der Stadt nicht ausreichende Einnahmen für die Umsetzung der Straßenverlängerung. Die Anzahl von Parkplätzen ist nicht ausschlaggebend für das Kriminalitätsrisiko. Die Bewachung von Parkplätzen ist nicht finanzierbar. Für den neuen Parkplatz werden Bewirtschaftungsregeln aufgestellt. Die Stellungnahme bezieht sich auf Flächen außerhalb des B-Plangebietes und auf Konflikte, die mit den Mitteln der B-Planung nicht lösbar sind. Sie bewirkt daher keine Änderung des B-Planes. Keine Abwägung erforderlich.</p>	
11.2	<p>Utz Geßner sowie 13 weitere Bürger (Unterschriftenliste), Kölner Straße 62, Schreiben vom 29.06.2006</p>	<p>Die Bürger verweisen auf die Anregungen, die Anwohner der Kölner Straße in den vergangenen Monaten vorbrachten und konstatieren, dass daraus keine effektiven Maßnahmen abgeleitet wurden. Folgende Fragen werden aufgeworfen: Wie sollen Kinder sicher zur Schule gelangen?, Warum wurden keine Maßnahmen zur Geschwindigkeitskontrolle ergriffen?, Wo sollen Kinder sicher spielen und Rad fahren?, Warum werden täglich bis zu 1.100 Kinder möglichen Schäden ausgesetzt?, Wieso erfolgt keine Beruhigung zur Reduzierung des Durchgangsverkehrs?, Wieso wird keine Einbahnstraßenregelung getroffen?, Wann erfolgt die Sperrung für Fahrzeuge über 3,5 to? Es wird außerdem auf permanente nächtliche Ruhestörungen durch Verkehr verwiesen. Die Bürger bedauern, dass ihre Fragen und Anregungen bei der öffentlichen Informationsveranstaltung anlässlich der frühzeitigen Bürgerbeteiligung nicht präzise und abschließend beantwortet wurden und erkennen darin Planungsfehler durch Abwägungsmangel. Sie erwarten eine kurzfristige Beschlussfassung.</p>	<p>Für den Abschnitt der Kölner Straße, der im Geltungsbereich des B-Planes liegt, sind verkehrsberuhigende Maßnahmen vorgesehen (Fahrbahnverengung durch Baumpflanzungen). Insofern wird der Stellungnahme entsprochen. Konflikte außerhalb des B-Plan-Gebietes, die überwiegend Thema der Stellungnahme sind, können mit den Mitteln der B-Planung nicht bearbeitet werden. Die Stellungnahme bewirkt daher keine Änderung des B-Planes. Keine Abwägung erforderlich.</p>	

Nr	Bürger/ Datum	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag	Abstimmung Rat der Stadt
12	Christine und Bernhard Freihoff, Kölner Straße 47, Niederschrift anlässlich der Erörterung am 06.03.2006	Die Bürger äußern die Sorge, dass bei mangelnder Nachfrage die Grundstücke verkleinert und dann weit mehr als 80 Baugrundstücke entstehen könnten.	Eine Verkleinerung der Baugrundstücke ist nicht vorgesehen. Für den Fall mangelnder Nachfrage wird das Baugebiet in 3 Bauabschnitten erschlossen. Erst wenn der erste Bauabschnitt voll bebaut ist, wird der nächste Abschnitt bebaut. Die Stellungnahme bewirkt keine Änderung des B-Planes. Keine Abwägung erforderlich.	
13	Martin und Wolfgang Bilz, Kölner Straße 50/50 A, Niederschrift anlässlich der Erörterung am 06.03.2006	Es wird auf die Verkehrsprobleme am Friedhofsweg hingewiesen.	Der Friedhofsweg wird, nach Fertigstellung des Parkplatzes zwischen Friedhofsweg und Mozartstraße, als Einbahnstraße eingerichtet. Damit werden die dortigen Verkehrsprobleme entschärft. Die Stellungnahme bezieht sich auf Flächen außerhalb des B-Plangebietes. Sie bewirkt keine Änderung des B-Planes. Keine Abwägung erforderlich.	
14	Wolfgang Freihoff, Kölner Straße 45, Niederschrift anlässlich der Erörterung am 06.03.2006	Der Bürger erkundigt sich nach Messergebnissen zu Lärmimmissionen und Abgaswerten in der Kölner Straße, da seine Schlafräume direkt an der Straße liegen.	Grenzwerte für Lärm und Abgase werden an der Kölner Straße nicht überschritten. Einzelne belastende Ereignisse (Beispiel Müllfahrzeug) können nicht grundsätzlich ausgeschlossen werden. Da sie als ausnahmsweise Spitzenereignisse für die Regelsituation nicht repräsentativ sind, werden sie bei der Beurteilung der Lärm- und Abgassituation nicht berücksichtigt. Die Anfrage bezieht sich auf Flächen außerhalb des B-Plangebietes. Sie bewirkt keine Änderung des B-Planes. Keine Abwägung erforderlich.	
15	Thorsten Wagenrad, Kölner Straße 33, Niederschrift anlässlich der Erörterung am 06.03.2006	Der Bürger erkundigt sich als Anwohner des Friedhofsweges (Zuwegung zu den Garagen über den Friedhofsweg) zur geplanten Einbahnregelung am Friedhofsweg.	Die Planung wird erläutert, eine gemeinsame Ortsbesichtigung wird vorgeschlagen. Die Stellungnahme bezieht sich auf Flächen außerhalb des B-Plangebietes. Sie bewirkt keine Änderung des B-Planes. Keine Abwägung erforderlich.	
16	Ulrich Kröcher, Kölner Straße 43 A, Niederschrift anlässlich der Erörterung am 06.03.2006	Der Bürger erkundigt sich nach dem weiteren Verfahren der Bebauungsplanaufstellung.	In der Sitzung des Ausschusses für Stadt- und Verkehrsplanung, Wirtschaftsförderung und Umwelt am 08.05.2006 werden die Bebauungsplanänderungen beraten. Es soll die Auslegung für die Dauer von einem Monat beschlossen werden. In der Sitzung des Ausschusses für Stadt- und Verkehrsplanung, Wirtschaftsförderung und Umwelt am 21.08.2006 sollen die vorgebrachten Stellungnahmen diskutiert werden. Der B-Plan soll dem Rat der Stadt zum Beschluss empfohlen werden. In der Ratssitzung am 05.09.2006 soll der Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan gefasst werden. Das Bauleitplanverfahren ist damit voraussichtlich Mitte September 2006 beendet. Die Anfrage bewirkt keine Änderung des B-Planes. Keine Abwägung erforderlich.	

Nr	Bürger/ Datum	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag	Abstimmung Rat der Stadt
17	Werner Ide, Niederschrift im Rahmen der frühzei- tigen Bürgerbeteili- gung am 13.03.2006	Der Bürger hält die vorzeitige Realisierung des Kreisverkehrs an der Montanusstraße für wichtig. Da im Berufsverkehr die Ausfahrt von der Montanusstraße auf die Peterstraße nur schwer möglich ist, entstehen Schleichverkehre auf dem Fürstenberg und in der Altstadt. Die Straßen können den zusätzlichen Verkehr aus dem / in das Wohngebiet nicht mehr aufnehmen. Es wird daher beantragt, die Betonringe am Hambüchener Weg / Pfarrer-Giesen-Straße zu entfernen, solange der Kreisverkehr an der Montanusstraße noch nicht realisiert ist.	Die Anregung wird zur Kenntnis genommen. Da die genannten Engstellen außerhalb des Plangebietes liegen, besteht keine Möglichkeit, mit Hilfe des B-Planes unmittelbar auf die Entspannung der Verkehrssituation in der Hückeswagener Altstadt hinzuwirken. Die Stadtverwaltung teilt darüber hinaus mit, dass der Kreisverkehr Montanusstraße 2007 gebaut werden soll. Die Stellungnahme bezieht sich auf Flächen außerhalb des B-Plangebietes. Sie bewirkt keine Änderung des B-Planes. Keine Abwägung erforderlich.	